

Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden:

Auf dem Weg zu einer Reform des internationalen Finanz- und Währungssystems auf der Basis einer globalen Ordnungsinstanz

Vorwort

Präambel

1. Ökonomische Entwicklung und Ungleichheiten
2. Drei Ideologien und eine ethische Herausforderung
3. Eine politische Autorität für die Globalisierung
4. Auf dem Weg zu einer Reform des internationalen Finanz- und Währungssystems, die den Bedürfnissen aller Völker entspricht

Schlussfolgerungen

Vorwort

"Die gegenwärtige Situation der Welt verlangt ein gemeinsames Handeln, beginnend mit einem klaren Konzept für die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und geistigen Entwicklungen. Auf Grund ihrer Erfahrung in allem, was den Menschen betrifft, geht es der Kirche, ohne dass sie sich in die staatlichen Belange einmischen will, 'ausschließlich um dies Eine: unter Führung des Geistes, des Trösters, das Werk Christi selbst weiterzuführen, der in die Welt kam, um für die Wahrheit Zeugnis zu geben; zu retten, nicht zu richten; zu dienen, nicht sich bedienen zu lassen.'" (1)

Mit diesen Worten hat Papst Paul VI in seiner zukunftsweisenden und immer noch relevanten Enzyklika *Populorum Progressio* von 1967 klar das "Kräfteparallelogramm" der engen Beziehungen von Kirche und Welt umrissen. Dieses Kräfteparallelogramm und die damit verbundenen Entwicklungsperspektiven stimmen mit der Sichtweise von Nicht-Gläubigen im Blick auf den tiefgreifenden Wert menschlicher Würde und auf das Streben nach dem Gemeinwohl überein, die den Menschen ein eigenverantwortliches und freies Handeln entsprechend ihren höchsten Bestrebungen ermöglichen sollen.

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise fordert den Einzelnen wie die Gesellschaft dazu heraus, sich auf jene Prinzipien sowie kulturellen und moralischen Werte zu besinnen, die die Grundlage des sozialen Zusammenlebens bilden. Mehr noch, die Krise verpflichtet private Akteure und öffentliche Institutionen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene dazu, ernsthaft über ihre Gründe nachzudenken und Lösungen politischer, wirtschaftlicher und technischer Natur zu suchen.

Aus dieser Perspektive schreibt Papst Benedikt XVI: "Die Krise verpflichtet uns, unseren Weg neu zu planen, uns neue Regeln zu geben und neue Formen des Engagements zu finden, auf positiven Erfahrungen aufzubauen und die negativen zu verwerfen. So wird die Krise eine *Chance zur Unterscheidung, um eine neue Vision für die Zukunft Gestalt werden zu lassen.* . In diesem Geist, mit Vertrauen statt mit Resignation, müssen die Schwierigkeiten des gegenwärtigen Augenblicks in Angriff genommen werden." (2)

Die G20- Regierungschefs erklärten in ihrem *Statement* von Pittsburgh von 2009: "Die ökonomische Krise zeigt die Notwendigkeit auf, eine neue Ära nachhaltiger globaler Aktivitäten einzuleiten, die auf Verantwortlichkeit gründen." (3)

Der 'Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden' beantwortet den Aufruf des Heiligen Vaters und macht die allgemeine Sorge zu seiner eigenen, besonders die Sorge jener, die für die gegenwärtige Situation den höchsten Preis bezahlen. Mit dem gebotenen Respekt gegenüber den zuständigen öffentlichen und politischen Institutionen legt der Rat hiermit seine Überlegungen zur gemeinsamen Reflexion vor: Auf dem *Weg zur Reform des internationalen Finanz- und Währungssystems im Rahmen einer globalen öffentlichen Ordnung.*

Wir hoffen, dass die Führer der Welt und alle Menschen guten Willens diese Überlegungen als hilfreich empfinden. Es ist eine Übung in Verantwortlichkeit nicht nur gegenüber der heutigen, sondern vor allem gegenüber zukünftigen Generationen, damit die Hoffnung auf eine bessere Zukunft und das Vertrauen in die menschliche Würde und die Fähigkeit zum Guten niemals erlöschen.

Peter K.A. Kardinal Turkson

Präsident

Bischof Mario Toso

Secretary

Präambel

Jeder einzelne Mensch und jede Gemeinschaft haben Anteil an der Förderung und Bewahrung des Gemeinwohls. Um ihrer ethischen und religiösen Berufung treu zu bleiben, sollten die Gemeinschaften der Gläubigen in der Beantwortung der Frage, ob die Menschheitsfamilie geeignete Mittel zu ihrer Verfügung hat, um das globale Gemeinwohl zu erreichen, die Führung übernehmen. Die Kirche ist ihrerseits aufgerufen, jeden ohne Unterschied in seinem Wunsch zu bestärken, sich den gewaltigen persönlichen und kollektiven Bemühungen“ anzuschließen die Frauen und Männer „durch die Jahrhunderte hindurch gemacht haben“, um die Lebensbedingungen zu verbessern da diese Bemühungen der Absicht Gottes entsprechen.“(4)

1. Ökonomische Entwicklung und Ungleichheit

Die schwere wirtschaftliche und finanzielle Krise, die die Welt heute fest im Griff hält, hat vielfältige Ursachen. Die Meinungen darüber, welches die wichtigsten Ursachen sind und welche Bedeutung ihnen jeweils zukommt, unterscheiden sich dabei beträchtlich. Einige Kommentatoren legen den Schwerpunkt vor allem auf gewisse Fehler der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Andere betonen die Strukturschwäche der politischen, sowie der Wirtschafts- und Finanzinstitutionen. Wiederum andere sehen die Gründe in ethischen Verfallserscheinungen, die sich auf allen Ebenen einer zunehmend von Utilitarismus und Materialismus beherrschten Weltwirtschaft zeigen. Für jedes Stadium der Krise ließen sich zudem bestimmte „technische“ Fehler im Management der Krise aufzeigen, die ihrerseits mit bestimmten ethischen Orientierungen zusammenhängen.

Auf den *Gütermärkten* setzen natürliche Einflussgrößen, vor allem die Produktionskapazität sowie die Arbeit in all ihren vielen Formen quantitative Grenzen allein dadurch, dass sie die Beziehungen zwischen Kosten und Preisen bestimmen, die unter bestimmten Bedingungen eine effiziente Allokation von verfügbaren Ressourcen erlauben.

Auf den *Geld- und Finanzmärkten* herrschen hingegen ganz andere Dynamiken. In früheren Jahrzehnten weiteten die Banken die Kreditvergabe aus, wodurch es zu weiterer Geldschöpfung kam, die wiederum die Kreditexpansion anheizte. Auf diesem Wege geriet das ökonomische System in eine Spirale der asset-Inflation (d.h. einer durch übermäßige

Kreditgeldschöpfung hervorgerufene Expansion der Finanzmittel), die unausweichlich an eine für Kreditinstitutionen nicht mehr vertretbare Risikogrenze stoßen musste. Diese sahen sich mit Insolvenzrisiken konfrontiert, mit entsprechend negativen Konsequenzen für das gesamte Wirtschafts- und Finanzsystem.

Nach dem Zweiten Weltkrieg machten die Volkswirtschaften große Fortschritte, dank des großen Einsatzes von Millionen, ja sogar Milliarden Menschen, die -als Produzenten und Unternehmer auf der einen Seite, und Sparer und Konsumenten auf der andern-, auf eine stetig zunehmende Expansion von Geldmenge und Investitionen im Einklang mit den Möglichkeiten zu realem Wirtschaftswachstum vertrauen durften.

Seit den 1990er Jahren mussten wir allerdings mitansehen, wie Geldschöpfung und Kreditvolumina – sogar inflationsbereinigt – weltweit schneller wuchsen als der reale Wohlstand. Dies begünstigte in bestimmten Bereichen die Entstehung von exzessiver Liquidität und von Spekulationsblasen, die dann zu einer Reihe von aufeinanderfolgenden Insolvenz- und Vertrauenskrisen führten, die sich immer weiter ausbreiteten.

Eine erste Krise in den 1970er bis hin zu den frühen 1980er Jahren stand im Zusammenhang mit dem steilen Anstieg der Ölpreise. Es folgten weitere Krisen in den Entwicklungs- und Schwellenländern, z. B. die erste Krise in Mexiko in den 80er Jahren sowie jene in Brasilien, in Russland und in Korea, und dann wiederum in Mexiko in den 90er Jahren sowie in Thailand und in Argentinien.

Die Spekulationsblase im Immobiliensektor und die jüngste Finanzkrise haben jedoch ihren gemeinsamen Ursprung in der exzessiven Menge von Geld und einer unübersehbaren Menge von neuen Finanzinstrumenten.

Während die Krisen in den Entwicklungs- und Schwellenländern, die das globale Geld- und Finanzsystem zu gefährden drohten, durch Interventionen der hoch entwickelten Länder eingedämmt werden konnten, hatte der Ausbruch der Krise im Jahre 2008 im Vergleich zu früheren eine anderen Ursache, die sich als weitreichender und explosiver erwies. Die Krise nahm in den Vereinigten Staaten als einer der wichtigsten Zonen für die Weltwirtschaft und für die Weltfinanzen ihren Ausgang. Ihre Auswirkungen betrafen daher unmittelbar die Referenzwährung der globalen Wirtschaft.

Aufgrund eines gegen öffentliche Interventionen auf Märkten gerichteten liberalistischen Ansatzes ließ man ein bedeutendes internationales Finanzinstitut Bankrott gehen. Dies geschah unter der Annahme, dass dies die Krise und ihre Auswirkungen eingrenzen würde. Unglücklicherweise löste jedoch gerade dieses Ereignis eine Vertrauenskrise und plötzliche

Verhaltensänderungen der Marktteilnehmer aus. Umfassende öffentliche Interventionen enormen Ausmaßes (in der Größenordnung von mehr als 20% des Bruttosozialproduktes) wurden unabdingbar, um weitere negative Folgewirkungen abzuwenden, die das gesamte internationale Finanzsystem zum Einsturz gebracht hätten.

Die Konsequenzen für die Realwirtschaft, verbunden mit erheblichen Schwierigkeiten in manchen Branchen - vor allem in der Bauwirtschaft - und der Verbreitung pessimistischer ökonomischer Prognosen, waren ein Abwärtstrend in der Produktion und dem internationalen Handel. Dies wiederum hatte sehr ernste Auswirkungen auf die Beschäftigung sowie weitere Folgen, die noch gar nicht voll einschätzbar sind. Die Kosten der Krise stellen eine extreme Belastung für Millionen Menschen in den entwickelten Ländern, aber auch, und vor allem, für Milliarden in den Entwicklungs- und Schwellenländern dar.

In Ländern und Gebieten, in denen es weiterhin an elementarsten Gütern wie Gesundheit, Nahrung und einfachsten Wohnmöglichkeiten mangelt, sind über eine Milliarde Menschen gezwungen, mit einem Durchschnittseinkommen von weniger als einem Dollar pro Tag zu überleben.

Der globale wirtschaftliche Wohlstand, der traditionell durch das Bruttosozialprodukt und die Auslastung der Produktionskapazitäten gemessen wird, wuchs während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in einem Ausmaß und mit einer Geschwindigkeit, die die Menschheit niemals zuvor in ihrer Geschichte erfahren hatte. Aber auch die Ungleichheiten innerhalb und zwischen verschiedenen Ländern haben deutlich zugenommen. Während einige der höher industrialisierten und entwickelten Länder und die am höchsten industrialisierten und entwickelten Wirtschaftszonen ihr Einkommen beträchtlich vermehren konnten, blieben andere Staaten de facto vom gesamtwirtschaftlichen Wachstum ausgeschlossen, ja ihre Situation hat sich sogar noch verschlechtert.

Im Anschluss an das Zweite Vatikanische Konzil hat Papst Paul VI. in seiner Enzyklika *Populorum Progressio* (1967) bereits klar und vorausschauend die Gefahren einer liberalistischen Konzeption wirtschaftlicher Entwicklung mit ihren schädlichen Auswirkungen auf das Gleichgewicht und den Frieden in der Welt angeprangert. Der Pontifex machte geltend, dass die Bewahrung des Lebens und die Förderung der kulturellen und moralischen Entwicklung der Menschen die wesentlichen Bedingungen für eine authentische Entwicklung sind. Aufgrund dessen war für Paul VI. eine umfassende und weltweite Entwicklung "der neue Name für Frieden". (5)

Vierzig Jahre später anerkannte der IWF in seinem Jahresbericht von 2007 die enge Verbindung zwischen einem unzulänglich gesteuerten Prozess der Globalisierung auf der einen und den großen Ungleichheiten in der Welt auf der anderen Seite.(6) Heute lassen die modernen Kommunikationsmittel diese großen ökonomischen, sozialen und kulturellen Ungleichgewichte für jedermann sichtbar werden, für reich und arm gleichermaßen, was zu einem Anstieg von Spannungen und massiven Migrationsströmen führt.

Nichtsdestoweniger soll wiederholt werden, dass die positiven Folgewirkungen des Prozesses der Globalisierung der Ursprung für die beachtliche Entwicklung der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert bilden. Es ist auch daran zu erinnern, dass zwischen 1900 und 2000 die Weltbevölkerung um das Vierfache gewachsen ist. Das Wachstum des weltweit produzierten Vermögens war jedoch noch um vieles größer, sodass das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen auf Weltebene stark anstieg. Gleichzeitig wurde allerdings die Verteilung des Wohlstandes nicht fairer, sondern verschlechterte sich sogar in vielen Fällen.

Was hat die Welt in diese, für ihre Wirtschaft wie auch den Frieden, so problematische Richtung getrieben?

2. Drei Ideologien und eine ethische Herausforderung

i) Zuerst und vor allem ein **ökonomischer Liberalismus**, der sich jeglichen Regeln und Kontrollen widersetzt. Der ökonomische Liberalismus stellt dabei ein theoretisches Denksystem dar, eine Art "ökonomischer *Apriorismus*". Er gibt vor, die Gesetze für die Funktionsweise des Marktes aus der Theorie ableiten zu können, eben die Gesetze kapitalistischer Entwicklung. Dabei übertreibt er gewisse Aspekte des Marktes, während er andere herunterspielt ja ignoriert. Ein ökonomisches Gedankengebäude, das behauptet *a priori* die Gesetze des Marktmechanismus und der ökonomischen Entwicklung zu kennen, ohne sie an der Realität zu überprüfen, riskiert damit zu einem Werkzeug der Interessen jener Staaten zu werden, die *de facto* in einer vorteilhaften wirtschaftlichen und finanziellen Position sind.

Regulierungen und Kontrollen - so unvollkommen sie im Einzelnen auch sein mögen - existieren bereits vielfach auf nationaler und regionaler Ebene. Auf internationaler Ebene hingegen erweist sich die Anwendung und Konsolidierung solcher Kontrollen und Regeln als schwierig.

ii) Die Ungleichheiten und Verzerrungen kapitalistischer Entwicklung sind oft nicht nur ein Ausdruck von ökonomischem Liberalismus, sondern auch des **Utilitarismus**, d. h. von theoretischen und praktischen Ansätzen wonach, *was nützlich für das Individuum ist, auch dem Wohl der Gemeinschaft dient*. Diese Sentenz hat einen Wahrheitskern, aber es lässt sich nicht leugnen, dass individueller Nutzen - sogar dort, wo er legitim ist - nicht immer das Gemeinwohl fördert. In vielen Fällen ist ein Geist der Solidarität gefordert, der zu Gunsten des allgemeinen Wohls über den persönlichen Nutzen hinausgeht.

Bereits in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts haben einige Wirtschaftswissenschaftler davor gewarnt, aufgrund fehlender Regulationsmechanismen und Kontrollen, jene Theorien eines reinen Liberalismus zu viel Gewicht beizumessen, die seither zu den auf internationaler Ebene vorherrschenden Ideologien und Praktiken geworden sind. Eine besonders verheerende Auswirkung dieser Ideologien war der Ausbruch der Krise, in der die Welt immer noch steckt. In seiner Sozialenzyklika hat Papst Benedikt die Wurzeln der Krise genau identifiziert, einer Krise, die nicht nur ökonomischer und finanzieller, sondern vor allem auch moralischer Natur ist. In der Tat, so merkt der Papst an, um richtig zu funktionieren, benötigt die Wirtschaft eine Ethik, und zwar nicht irgendeine, sondern eine die am Menschen ausgerichtet ist. (7) Er kritisiert die Rolle, die Utilitarismus und Individualismus gespielt haben und betont die Verantwortung jener, die sie angenommen und als Parameter für das optimale und richtige Verhalten aller wirtschaftlichen und politischen Akteure verbreitet und gefördert haben.

iii) **Technokratie**: die großen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen des letzten Jahrhunderts, mit ihren Licht- und Schattenseiten müssen zu einem großen Teil auch der fortschreitenden Entwicklung der Technologie und in jüngerer Zeit auch den Fortschritten in der Informationstechnologie zugeschrieben werden, sowie deren Anwendungen besonders in der Wirtschaft und noch wichtiger im Finanzwesen.

Wenn wir allerdings klar über die gegenwärtige *neue soziale Frage* nachdenken wollen, dann sollten wir den Fehler - der selbst ein Ergebnis neo-liberaler Denkweise darstellt - vermeiden, alle Probleme, die wir angehen müssen, als ausschließlich technische zu betrachten. Dies führt dazu, dass sich die Probleme einer differenzierten Wahrnehmung und der ethischen Bewertung entziehen, die beide dringend erforderlich sind. In diesem Zusammenhang warnt die Enzyklika von Benedikt XVI vor den Gefahren einer technokratischen Ideologie: d. h. davor, die Technik absolut zu setzen. Dies hält "tendenziell Menschen davon ab, das wahrzunehmen, was sich nicht bloß materiell erklären lässt." (8) Ebenso minimiert eine derartige Haltung den

Wert der von konkreten menschlichen Individuen im ökonomisch-finanziellen System getroffenen Entscheidungen, da diese sie auf bloße technische Variable reduziert. Wenn man sich dem über das rein technische Hinausgehenden verschließt, dann wird es nicht nur unmöglich angemessene Lösungen für die Probleme zu finden, sondern es führt auch noch zur weiteren materiellen Verarmung der hauptsächlichlichen Opfer der Krise.

iv) **Die ethische Herausforderung:** Angesichts der Komplexität der vorhandenen Phänomene darf die Bedeutung ethischer und kultureller Faktoren weder übersehen noch unterschätzt werden. Denn die Krise hat Verhaltensweisen wie Selbstsucht, kollektive Gier und ein Anhäufen von Gütern ungeheuren Ausmaßes offen gelegt. Niemand kann damit zufrieden sein, wenn der Mensch des Menschen Wolf wird [*homo homini lupus*] - wie Thomas Hobbes geschrieben hat. Niemand kann guten Gewissens die Entwicklung von einigen Staaten zu Lasten anderer akzeptieren. Wenn keine Lösungen für die verschiedenen Formen von Ungerechtigkeit gefunden werden, dann werden die negativen Auswirkungen auf sozialer, politischer und wirtschaftlicher Ebene dazu führen, ein Klima wachsender Feindseligkeit, ja sogar Gewaltbereitschaft zu schaffen, und letztlich die Grundlagen demokratischer Institutionen zu unterminieren, sogar von solchen, die heute als höchst solide gelten. Wenn man den Primat des *Seins* vor dem *Haben*, der Ethik vor der Wirtschaft anerkennt, dann sollten die Völker der Welt eine *Ethik der Solidarität* zum Motor ihres Handelns machen. Dies erfordert allerdings, alle Formen kleinlicher Selbstsucht aufzugeben und die Logik eines globalen Gemeinwohls zu übernehmen, welches bloß vorübergehende und begrenzte Interessen übersteigt.

Mit einem Wort, die Menschen sollten einen starken Sinn für die Zugehörigkeit zur Menschheitsfamilie entwickeln, an einer Teilhabe an der gemeinsamen Würde aller menschlichen Wesen: "Noch vor jeder Logik des Austausches gleicher Güter und der für sie geltenden Gerechtigkeit, gibt es *etwas, das dem Menschen als Menschen zusteht*, d. h. aufgrund seiner einmaligen Würde." (9)

Nach dem Zusammenbruch des Marxistischen Kommunismus im Jahre 1991 hat der Selige Johannes Paul II. bereits vor der "Gefahr einer Vergötzung des Marktes [gewarnt], der die Existenz von Gütern ignoriert, die ihrer Natur nach weder bloße Waren sind, noch sein können". (10) Heute besteht die dringende Notwendigkeit, seine Warnung ohne weitere Verzögerung ernst zu nehmen, und es muss ein Weg eingeschlagen werden, der in größerem

Einklang mit der Würde und der transzendenten Ausrichtung der Person und der Menschheitsfamilie steht.

3. Eine politische Autorität für die Globalisierung

Auf dem Weg, eine brüderlichere und gerechtere Menschheitsfamilie aufzubauen, und - vielleicht noch wichtiger - zu einem auf die Transzendenz hin offenen Humanismus, scheint die Lehre des seligen Johannes XXIII. besonders zeitgemäß. In der geradezu prophetischen Enzyklika *Pacem in Terris* von 1963 stellte er bereits fest, dass die Welt auf eine immer größere Vereinigung hinstrebt. In der Folge schreibt er, dass "sowohl die staatliche Organisation als auch der Einfluss über welchen die einzelne Staatsgewalt bei allen Nationen des Erdkreises verfügt, als ungenügend anzusehen sind, um das gemeinsame Wohl der Völker zu fördern". (11) Und er äußert die Hoffnung, dass eines Tages "eine allgemeine politische Gewalt" für die Welt (12) geschaffen werde.

Angesichts des durch das komplexe Phänomen der Globalisierung hervorgerufenen Zusammenwachsens der Welt, sowie der Notwendigkeit, zuzüglich zu anderen öffentlichen Gütern ein freies und stabiles Weltwirtschafts- und Finanzsystem im Dienste der Realwirtschaft zu schaffen, erscheint die Lehre von *Pacem in Terris* heute sogar noch wichtiger und sollte dringend umgesetzt werden.

In Einklang mit dem Geist von *Pacem in Terris* hat Benedikt XVI. gleichfalls die Notwendigkeit betont, eine globale politische Autorität zu schaffen. (13) Diese Notwendigkeit erscheint offensichtlich, wenn wir bedenken, dass die Agenda der Fragen, die weltweit behandelt werden müssten, immer länger wird. Man denke zum Beispiel an Frieden und Sicherheit; Abrüstung und Rüstungskontrolle; Förderung und Schutz fundamentaler Menschenrechte; das Management von Wirtschafts- und Entwicklungsstrategien; von Migrationsströmen und Nahrungsmittelsicherheit sowie den Schutz der Umwelt. In all diesen Bereichen wird die wachsende Interdependenz zwischen Staaten und Regionen zunehmend offensichtlich, so wie auch die Notwendigkeit, Antworten zu geben, die eben nicht partieller und isolierter, sondern systemischer und integrierter Natur sind, reich an Solidarität und Subsidiarität und ausgerichtet auf das universale Gemeinwohl. Wird dieser Weg nicht beschritten, dann würde - so der Papst - "nämlich das internationale Recht trotz der großen Fortschritte, die auf den verschiedenen Gebieten erzielt worden sind, Gefahr laufen, vom Kräftegleichgewicht der stärkeren Nationen bestimmt zu werden." (14)

Der Sinn einer öffentlichen Autorität ist es, daran erinnert uns Johannes XXIII. in *Pacem in Terris*, zuerst und vor allem, dem Gemeinwohl zu dienen. Deshalb sollte sie mit Strukturen und geeigneten, effektiven Mechanismen ausgestattet sein, die ihrer Mission und den in sie gesetzten Erwartungen entsprechen. Dies gilt besonders in einer globalisierten Welt, die Einzelne wie Völker in zunehmendem Maße vernetzt und voneinander abhängig werden lässt, - in der aber auch Geld - und Finanzmärkte mit vornehmlich spekulativer Ausprägung existieren, die insbesondere für die Realwirtschaft schwächerer Länder schädlich sind.

Es handelt sich hier um einen komplexen und schwierigen Prozess. Eine supranationale Autorität in diesem Bereich sollte eine realistische Struktur haben und schrittweise errichtet werden. Sie sollte zugleich eine wohlwollende Einstellung zur Existenz von effizienten und effektiven Geld- und Finanzsystemen haben, d. h. zu freien und stabilen Märkten, die durch einen geeigneten gesetzlichen Rahmen überwacht werden und nachhaltige Entwicklung und sozialen Fortschritt für alle zu unterstützen in der Lage sind, inspiriert durch die Werte der Liebe und der Wahrheit. (15) Es geht um eine Behörde mit globaler Reichweite, die nicht durch Machtmittel oder Gewalt aufgezwungen werden darf. Sie sollte vielmehr das Ergebnis einer freien gemeinschaftlichen Übereinkunft sein und den bleibenden und gerade heute besonders wichtigen Bedürfnissen eines Welt-Gemeinwohls Rechnung tragen.

Sie sollte aus einem Prozess zunehmender Reifung des allgemeinen Gewissens, Fortschritten in der Entwicklung hin zu mehr Freiheiten sowie aus dem Bewusstsein wachsender Verantwortlichkeiten entstehen. Gerade deshalb dürfen gegenseitiges Vertrauen, Autonomie und Partizipation nicht als überflüssig angesehen werden. Eine immer größere Anzahl von Ländern sollte in den Prozess der Zustimmung miteinbezogen werden, die sich mit voller Überzeugung dieser Entwicklung anschließen, und dies in einem ehrlichen Dialog tun, der die Minderheitsmeinung wertschätzt statt sie zu marginalisieren. Auf diese Weise sollte die Welt-Autorität alle Völker an einer dauerhaften Zusammenarbeit beteiligen, wobei diese aufgerufen sind, einen Beitrag zu leisten und das Erbe ihrer guten zivilisatorischen Qualitäten einzubringen.

Der Einrichtung einer weltumspannenden politischen Autorität sollte eine vorbereitende Phase der Beratung vorausgehen, aus der eine von allen *legitimierte* Institution hervorgeht, die in der Lage ist, wirksam die Richtung vorzugeben, und die zugleich jedes Land befähigt, sein eigenes besonderes Wohl zu bestimmen und zu verfolgen. Die Tätigkeit dieser Autorität, die im Dienste

des Wohls von allen und jedem steht, wird zwangsläufig *super partes* oder unparteiisch sein: das heißt, sie muss über jeder partikulären Sicht und jedem partikulären Wohl stehen, um das allgemeine Wohl zu erreichen. Ihre Entscheidungen sollten nicht das Ergebnis der überlegenen Macht der entwickelten Staaten über die schwächeren Länder sein. Stattdessen sollten sie im Interesse aller getroffen werden, nicht allein zum Vorteil einiger Gruppen, gleich ob sie durch private Lobbygruppen oder nationale Regierungen gebildet werden.

Eine supranationale Institution als Ausdruck einer "Gemeinschaft der Nationen" wird indes nicht lange überdauern, wenn die Unterschiede der Länder vom Standpunkt der Kulturen, der materiellen und immateriellen Ressourcen und der historischen und geographischen Bedingungen aus nicht anerkannt und vollständig respektiert werden. Ebenso würde ein Mangel an einem Konsens aus wirklicher Überzeugung, gespeist aus einer dauernden moralischen Verbundenheit der Weltgemeinschaft, die Wirksamkeit einer solchen Autorität schmälern.

Was auf nationaler Ebene gültig ist, trifft auch für die globale Ebene zu. Eine Person ist nicht dazu geschaffen, sich einer Autorität bedingungslos unterzuordnen. Es ist vielmehr Aufgabe der 'Autorität', aufgrund der überragenden Bedeutung der menschlichen Würde im Dienste der Person zu stehen. Ebenso sollten Regierungen einer "Welt-Autorität" nicht bedingungslos dienen. Stattdessen ist es die "Welt-Autorität", die sich gemäß dem Subsidiaritätsprinzip in den Dienst der Mitgliedsstaaten stellen sollte. Sie sollte dies unter anderem dadurch tun, dass sie sozio-ökonomische, politische und rechtliche Rahmenbedingungen für effiziente und erfolgreiche Märkte schafft, die weder durch nationale Politiken protektionistisch geschützt, noch durch systemische Defizite in den öffentlichen Haushalten und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit geschwächt werden. Denn in der Tat ist es ja so, dass derartige politische Strategien sowie Defizite die Märkte daran hindern, auf der globalen Ebene offene und wettbewerbsfähige Einrichtungen zu sein.

In der Tradition des kirchlichen *Magisterium*, die Benedikt XVI. energisch vertreten hat (16), soll das Prinzip der Subsidiarität die Beziehungen zwischen Staaten und lokalen Gemeinschaften sowie zwischen öffentlichen und privaten Institutionen regeln, die Geld- und Finanzinstitutionen eingeschlossen. Gleichmaßen sollte es auf einer höheren Ebene die Beziehungen zwischen einer zukünftigen globalen öffentlichen Autorität und regionalen wie nationalen Institutionen leiten.

Dieses Prinzip garantiert sowohl die demokratische Legitimität als auch die Wirksamkeit der Entscheidungen jener, die befugt sind, diese zu treffen. Es erlaubt Respekt vor der Freiheit der Menschen, sowohl der individuellen wie auch der gemeinschaftlichen, und ermöglicht ihnen gleichzeitig, Verantwortung für die Ziele und Pflichten zu übernehmen, die sie betreffen.

Nach der Logik des Subsidiaritätsprinzips bietet die höhere Autorität ihr *subsidium*, das heißt, ihre Hilfe, nur dann an, wenn individuelle, soziale oder Finanz-Akteure in ihrem Bereich über unzureichende Fähigkeiten und Ressourcen verfügen oder dasjenige nicht durch sich selbst regeln können, was von ihnen gefordert wird. (17) Dank dem Solidaritätsprinzip wiederum würde eine dauerhafte und fruchtbare Beziehung zwischen der globalen Zivilgesellschaft und einer globalen Autorität entstehen, wenn Staaten, die nach geordneten, inner- und zwischenstaatlichen politischen Ebenen sowie sonstige Institutionen - jene des Wirtschafts- und Finanzbereichs eingeschlossen - ebenso wie die Bürger ihre Entscheidungen mit Blick auf das globale Gemeinwohl treffen, welches über das nationale Wohl hinausgeht.

In *Caritas in Veritate* können wir lesen, dass "die Steuerung der Globalisierung von subsidiärer Art sein [muss], und zwar in mehrere Stufen und verschiedene Ebenen gegliedert, da sie die Frage nach einem globalen Gemeingut aufwirft, das zu verfolgen ist." (18) Nur auf diesem Weg lässt sich die Gefahr einer bürokratischen Isolierung einer zentralen Autorität vermeiden - einer Isolierung, die die Autorität dem Risiko aussetzen würde, ihre Legitimation durch eine zu große Distanz zu jenen Realitäten zu verlieren, die seiner Existenz zugrunde liegen, und so dem Risiko paternalistischer, technokratischer oder hegemonialer Versuchungen zu erliegen.

Es ist indes noch ein langer Weg bis zur Schaffung einer öffentlichen Autorität mit universaler Jurisdiktion. Es scheint sinnvoll für einen derartigen Reformprozess bei den Vereinten Nationen anzusetzen, wegen der weltweiten Reichweite der Verantwortung der UNO sowie ihrer Fähigkeit, die Nationen der Welt zusammenzubringen, sowie aufgrund der Vielfalt ihrer Aufgaben sowie derer ihrer Sonderorganisationen. Die Frucht solcher Reformen sollte es sein, politische Maßnahmen und Entscheidungen zu treffen, die helfen, das Gemeinwohl auf lokaler, regionaler und Welt-Ebene zu erreichen. Unter den politischen Maßnahmen erscheinen jene, die die globale soziale Gerechtigkeit betreffen, am dringendsten: Strategien der Finanz- und

Geldpolitik, die den schwächsten Staaten nicht schaden, (19) sowie Strategien, die die Schaffung freier und stabiler Märkte und einer fairen Verteilung des Wohlstandes fördern, der von bislang noch unbekanntenen Formen globaler fiskalischer Solidarität ermöglicht würde, wovon weiter unten noch die Rede sein wird.

Auf dem Weg zur Schaffung einer politischen Weltautorität können Fragen der *governance* [d. h. eines Systems bloßer horizontaler Koordination ohne eine höhere Autorität *super partes*] nicht von denen einer *Gemeinschaftsregierung* getrennt werden [d. h. einem System, das zusätzlich zur horizontalen Koordination eine höhere Autorität *super partes* gründet], einer Autorität, die funktional ist und der schrittweisen Entwicklung einer globalen politischen Gesellschaft entspricht.

Die Errichtung einer globalen politischen Autorität kann nicht ohne einen bereits funktionierenden "Multilateralismus" erreicht werden, und dies nicht nur auf diplomatischer Ebene, sondern auch und vor allem in Beziehung zu Programmen für nachhaltige Entwicklung und Frieden. Es ist nicht möglich eine globale Regierung zu errichten, ohne schon bereits existierenden Formen gegenseitiger Interdependenz und Kooperation politischen Ausdruck zu verleihen.

4. Auf dem Weg zu einer Reform des internationalen Geld- und Finanzsystems, die den Bedürfnissen aller Völker entspricht

Die bedeutsamsten Schwierigkeiten in ökonomischen und Finanz- Angelegenheiten rühren heute von fehlenden Rahmenbedingungen her, die - zusätzlich zu einem System der *governance* - für die Wirtschaft und ein internationales Finanzsystem ein System der Steuerung (*government*) gewährleisten. Was lässt sich dazu Näheres sagen? Welche Schritte lassen sich konkret unternehmen?

Mit Blick auf die gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzsysteme sollten zwei entscheidende Einflussfaktoren betont werden. Der erste liegt im allmählichen Rückgang der Wirksamkeit der Bretton Woods Institutionen, beginnend mit den frühen 70er Jahren des 20. Jahrhunderts. Der Internationale Währungsfond hat zudem ein wesentliches Element zur Stabilisierung des Weltfinanzsystems verloren, nämlich die Regulierung des Geldangebots und die Überwachung der Höhe des vom System übernommenen Kreditrisikos. Die Stabilisierung des

Weltwährungssystem als eines 'universalen öffentlichen Gutes' liegt nicht mehr innerhalb seines Einflussbereiches.

Der zweite Faktor ist die Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen Mindest-Regelwerks für das Management des globalen Finanzmarktes, der viel schneller gewachsen ist als die Realwirtschaft. Diese Situation eines schnellen, ungleichen Wachstums ist einerseits entstanden, weil man die Kontrollen über Kapitalbewegungen aufgegeben hat und alle Bank- und Finanzaktivitäten tendenziell dereguliert wurden. Andererseits trugen Fortschritte in der Finanz-Technologie zu dieser Situation bei, die ihrerseits größtenteils auf den Entwicklungen der Informations-Technologie beruhen.

Im Strukturvergleich wuchsen im letzten Teil des vergangenen Jahrhunderts Geld- und Finanzaktivitäten weltweit viel schneller als die Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Dabei begann die Qualität der Kredite bis zu einem Punkt zu sinken, von dem an die Kreditinstitutionen einem höheren Risiko ausgesetzt waren als sie vernünftigerweise aushalten konnten. Man muss nur einen Blick auf das Schicksal von großen und kleineren Kreditinstituten während der Krisen der 80er und 90er Jahre werfen, vor allem aber auf die Folgewirkungen der Finanzkrise von 2008.

Zudem gab es in der letzten Phase des 20. Jahrhunderts eine wachsende Tendenz, die strategischen Ausrichtungen von Wirtschafts- und Finanzpolitik nach den Konditionen von "Clubs" und zugleich von größeren oder kleineren Gruppen aus den entwickelteren Ländern zu definieren. Auch wenn man den positiven Aspekt dieses Ansatzes nicht abstreiten kann, so ist doch nicht zu übersehen, dass das repräsentative Prinzip dabei nur teilweise respektiert wurde, insbesondere im Hinblick auf die weniger entwickelten oder aufstrebenden Länder.

Die Notwendigkeit, die Stimmen einer größeren Anzahl von Ländern zu beachten, hat dazu geführt, die relevanten Gruppen auszuweiten; so existiert heute etwa eine Gruppe der G20, wo es früher lediglich die "G7-Gruppe" gab. Dies ist eine positive Entwicklung, weil es so möglich wurde, Entwicklungs- und Schwellenländer mit größeren Bevölkerungen in die Gestaltung der Weltwirtschaft und der globalen Finanzen mit einzubeziehen.

Im Bereich der G20 können so konkrete Entwicklungen reifen, die, wenn sie in den passenden Fach-Organisationen richtig erarbeitet wurden, zusehends in der Lage sein sollten, die zuständigen Körperschaften auf nationaler und regionaler Ebene zu einer Konsolidierung bestehender Institutionen und zur Schaffung zu befähigen, die auch über geeignete und effektive Instrumente auf internationaler Ebene verfügen.

Überdies stellten die G20-Führer selbst in ihrem Abschlussstatement von Pittsburgh 2009 fest: "Die ökonomische Krise zeigt die Notwendigkeit, eine neue Ära nachhaltiger globaler Wirtschaftsaktivitäten einzuleiten, die auf Verantwortung gründet." Um die Krise zu bewältigen und eine *neue Ära der Verantwortung* einzuleiten, schlugen die G20-Führer zusätzlich zu sachlichen und kurzfristigen Maßnahmen vor, "die globale Architektur zu reformieren, um die Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts zu erfüllen," und weiters "eine Rahmenordnung zu schaffen, die die politischen Entscheidungen darlegt, sowie den Weg aufzeigt, auf dem wir gemeinsam handeln wollen, um starkes, nachhaltiges und ausgewogenes globales Wachstum zu erzielen." (20)

Deshalb sollte ein Reflexions- und Reformprozess gestartet werden, der schöpferische und realistische Wege prüfen soll, um sich die positiven Aspekte bereits bestehender Institutionen, zunutze zu machen.

Besondere Aufmerksamkeit sollte auf die Reform des internationalen Währungssystems gerichtet werden, und insbesondere auf die Verpflichtung zur Schaffung einer Form von globalem Währungsmanagement, etwas, wie es bereits in den Statuten des IWF impliziert ist. Es ist offensichtlich, dass dies bis zu einem gewissen Grad bedeutet, die existierenden Währungssysteme zur Diskussion zu stellen, um effektive Formen der Koordination und der Supervision zu finden. Dieser Prozess muss auch die Entwicklungs- und Schwellenländer einbeziehen, um die Schritte hin zu einer allmählichen Anpassung der bestehenden Instrumente zu definieren.

Tatsächlich kann man bereits ein sich entwickelndes Bedürfnis nach einer Institution sehen, die die Funktion einer Art "zentraler Weltbank" hat, die den Fluss und das System des Währungshandels (Devisenhandels) reguliert, wie es bereits die Nationalbanken tun. Die zugrundeliegende Logik von Frieden, Koordination und gemeinsamer Vision, die zu den

Verträgen von Bretton Woods führte, sollte neu belebt werden, um adäquate Antworten auf die gegenwärtigen Fragen zu finden. Auf regionaler Ebene könnte dieser Prozess mit der Stärkung der bestehenden Institutionen beginnen, wie etwa der Europäischen Zentralbank. Dies würde allerdings nicht nur ein Nachdenken auf Wirtschafts- und Finanzebene erfordern, sondern auch und wohl zuallererst auf politischer Ebene, um eine Reihe öffentlicher Institutionen zu schaffen, die die Einheit und Konsistenz der gemeinsamen Entscheidungen garantieren.

Diese Maßnahmen sollten die ersten Schritte in Richtung auf eine öffentliche Autorität mit universaler Jurisdiktion sein; als die erste Phase eines längeren Bemühens der globalen Gemeinschaft, ihre Institutionen auf das Erreichen ihres Gemeinwohls hin auszurichten. Weitere Etappen werden folgen müssen, in der eine uns bereits vertraute Dynamik der Entwicklung klarer wird, aber auch Veränderungen geschehen werden, die wir heute noch gar nicht vorhersagen können.

In diesem Prozess muss der Primat des Spirituellen und der Ethik wiederhergestellt werden, und mit ihnen der Primat der Politik - die verantwortlich für das Gemeinwohl ist - vor der Wirtschaft einschließlich der Finanzwirtschaft. Die wirtschaftlichen und finanziellen Aktivitäten müssen wieder innerhalb der Grenzen ihrer eigentlichen Berufung und Funktion, einschließlich ihrer Sozialfunktion, gesehen werden und d. h. unter Berücksichtigung ihrer offensichtlichen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft - zum Beispiel die Verpflichtung, Märkte und Finanzinstitutionen zu stärken, die wirklich im Dienste der Person stehen und fähig sind, den Bedürfnissen des Gemeinwohls und der universalen Brüderlichkeit zu entsprechen. Es ist klar, dass diese Berufung und Funktion nichts zu tun haben mit einem seichten und krassen Ökonomismus, für den Geld und Markterfolg die einzigen sozialen Wertmaßstäbe darstellen.

Auf der Basis eines derartigen ethischen Ansatzes, scheint es wichtig, z. B. über Folgendes nachzudenken:

a) *Steuerliche Maßnahmen in Bezug auf finanzielle Transaktionen* mit fairen Steuersätzen, abgestimmt auf die Komplexität der betroffenen Transaktionen, besonders derer, die am "Sekundärmarkt" getätigt werden. Solch eine Besteuerung wäre sehr hilfreich zur Förderung globaler Entwicklung und Nachhaltigkeit entsprechend der Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität. Sie könnte auch zur Schaffung eines Welt-Reserve-Fonds

beitragen, um die Wirtschaften von Ländern zu unterstützen, die durch eine Krise getroffen wurden, und zur Erholung von deren Geld- und Finanzsystemen;

b) Formen der *Rekapitalisierung* von Banken mit öffentlichen Mitteln, wobei die Unterstützung von "positiven" Verhaltensweisen abhängig gemacht werden kann, die auf die Entwicklung der "Realwirtschaft" gerichtet sind;

c) die Trennung der Bereiche des normalen Kreditwesens und des *Investment Banking*. Eine derartige Unterscheidung würde ein wirksameres Management der "Schattenmärkte" gestatten, die ohne Kontrolle und Grenzen funktionieren.

Es ist vernünftig und realistisch, die für den Aufbau eines breiten Konsenses notwendige Zeit einzuräumen, wobei jedoch das Ziel eines universalen Gemeinwohls mit seinen strengen Forderungen den Horizont bilden muss. Ferner ist zu hoffen, dass diejenigen, die in Universitäten und anderen Institutionen die Führungskräfte von morgen ausbilden, intensiv daran arbeiten, sie auf ihre Verantwortung vorzubereiten, das globale Gemeinwohl zu erkennen und ihm in einer sich beständig ändernden Welt zu dienen. Die Lücke zwischen ethischer Unterweisung und technischer Vorbereitung muss dadurch geschlossen werden, dass in einer besondern Weise die beständige Synergie zwischen den, dem Bereich des praktischen Tuns (*praxis*) und dem grenzenlosen menschlichen Streben (*poiesis*), hervorgehoben wird.

Dieselbe Bemühung ist von Seiten all jener gefordert, die aus ihrer Position die öffentliche Weltmeinung aufklärend beeinflussen können, mit dem Ziel, sich dieser *neuen* Welt mutig zu stellen, nicht mit angstvoller Sorge, sondern mit Hoffnung und in Solidarität.

Schlussfolgerungen

Angesichts der gegenwärtigen Unsicherheiten, und in einer Gesellschaft, die zwar zur Mobilisierung ungeheurer Mittel fähig ist, deren kulturelle und moralische Reflexion ihnen aber noch wenig angemessen ist, um sie so zu verwenden, dass die richtigen Ziele erreicht werden, sind wir dazu aufgerufen, unter keinen Umständen aufzugeben. Wir sind vor allem dazu angehalten, eine sinnvolle Zukunft für die kommenden Generationen zu bauen. Wir sollten keine Angst davor haben, neue Ideen vorzuschlagen, auch dann wenn sie existierende Machtgefüge, die zu Lasten der Schwächsten gehen, aus dem Gleichgewicht bringen sollten.

Diese Ideen sind gleich Samenkörnern, die ins Erdreich geworfen, keimen und sich beeilen Früchte zu tragen.

Wie Benedikt XVI. uns ermahnt, werden aktive Menschen auf allen Ebenen - der sozialen, politischen, ökonomischen wie beruflichen - dringend gebraucht, die den Mut haben, sich einzusetzen und das Gemeinwohl durch ein rechtschaffenes Leben zu fördern. (21) Nur sie werden Erfolg dabei haben, hinter die Äußerlichkeiten der Dinge zu schauen und danach zu leben, sowie die Kluft zwischen gegebener Wirklichkeit und unversuchten Möglichkeiten wahrzunehmen.

Paul VI. betonte die verändernde Macht einer "vorausschauenden Vorstellungskraft", die die gegenwärtigen Möglichkeiten wahrnehmen und die Menschen hin zu einer neuen Zukunft führen kann. (22) Indem sie ihre Imagination freisetzen, befreien sie auch ihre Existenz. Durch eine Anstrengung *gemeinschaftlicher* Imagination ist es möglich, sowohl Institutionen als auch Lebensstile zu verändern und eine bessere Zukunft für alle Völker zu fördern.

Moderne Staaten wurden über die Zeiten hin zu einem strukturieren Ganzen und entwickelten ihre Souveränität innerhalb ihres eigenen Territoriums. Die sozialen, kulturellen und politischen Bedingungen haben sich jedoch schrittweise verändert. Die Interdependenz der Staaten ist gewachsen - so erweist es sich nur als natürlich, an eine internationale Gemeinschaft zu denken, die stärker integriert ist und die zunehmend von einem gemeinsamen System regiert wird - eine Vorstellung, die sich gegen eine weiter bestehende *schlimme Form des Nationalismus* richtet, wonach der Staat noch glaubt, er könne das Wohl seiner Bürger allein und auf sich selbst gestellt erreichen.

Dies ist jedoch heutzutage anachronistisch und wirklichkeitsfremd, und alle Nationen, ob groß oder klein, sind zusammen mit ihren Regierungen dazu aufgerufen, den "Naturzustand" hinter sich zu lassen, der die Staaten in endlosen Auseinandersetzungen untereinander gefangen halten würde. Trotz einiger unliebsamer Aspekte ist die Globalisierung dabei, die Völker zunehmend zu einen und sie dazu zu veranlassen, sich hin zu einer neuen "Rechtsstaatlichkeit" auf übernationaler Ebene zu bewegen, die von dichterem und fruchtbareren Formen der Zusammenarbeit getragen wird.

Mit dynamischen Kräften ähnlich denen, die in der Vergangenheit den "anarchischen" Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Clans und Königreichen durch die Schaffung von Nationalstaaten ein Ende gesetzt haben, muss sich die menschliche Gesellschaft heute engagiert dem Übergang von einer Situation archaischer Auseinandersetzungen zwischen nationalen Einheiten zum neuen Modell einer kohäsiven, polyarchischen internationalen Gesellschaft hin stellen, das die Identität eines jeden Volkes als Teil der vielfältigen Reichtümer der einen Menschheit respektiert. Solch ein Übergang, der bereits zaghaft auf dem Wege ist, würde Frieden und Sicherheit, Entwicklung sowie freie, stabile und transparente Märkte für die Bürger aller Länder gewährleisten, unabhängig von deren Größe oder Machtstellung. Wie Johannes Paul II. überdies warnt: "Wie in den einzelnen Staaten der Zeitpunkt kam, wo an die Stelle des Systems der persönlichen Rache und Vergeltung die Herrschaft des Gesetzes trat, so ist es jetzt dringend notwendig, dass in der internationalen Völkergemeinschaft ein ähnlicher Fortschritt stattfindet." (23)

Die Zeit ist reif sich Institutionen mit weltweiten Kompetenzen vorzustellen und sie zu entwickeln, in einer Zeit, wenn elementare Gemeinschaftsgüter der gesamten Menschheitsfamilie auf dem Spiel stehen; Güter, die einzelne Staaten aus eigener Kraft weder fördern noch schützen können.

Die Lage ist heute so, dass es darum geht, über die "Westfälische" internationale Ordnung hinauszugehen, in welcher Staaten zwar die Notwendigkeit von Kooperationen einsehen, aber nicht die Gelegenheit ergreifen, ihre jeweiligen Souveränitäten zum gemeinsamen Wohl der Völker zu integrieren.

Es ist die Aufgabe der heutigen Generation, diese neue Weltdynamik hin auf die Erreichung eines umfassenden Gemeinwohls zu erkennen und bewusst zu akzeptieren. Der Preis für diese Umwandlung ist eine schrittweise, wohl ausgewogene Übertragung eines Teils der Macht jedes Staates auf eine Welt-Autorität sowie regionalen Autoritäten. Dies ist notwendig in einer Zeit, da die Dynamik der menschlichen Gesellschaft und der Wirtschaft sowie der technologische Fortschritt nationale Grenzen überschreiten, die in einer globalisierten Welt naturgemäß erodieren.

Das Entstehen einer neuen Gesellschaft und der Aufbau neuer Institutionen mit weltweiter Reichweite und Kompetenz sind zugleich Vorrecht und Pflicht jedes einzelnen wer immer er

sei, ohne Unterschied. Denn was auf dem Spiel steht, ist das allgemeine Wohl der menschlichen Gesellschaft sowie ihre Zukunft.

In diesem Zusammenhang gibt es für jeden Christen einen ganz besonderen Ruf des Heiligen Geistes, sich entschlossen und großmütig zu engagieren, so dass die vielen bestehenden Dynamiken gebündelt werden, und die Hoffnung auf mehr Brüderlichkeit und ein Erreichen des Allgemeinwohls besteht. Es liegen noch enorme Anstrengungen vor uns auf dem Weg hin zu einer integralen Entwicklung sowohl der Völker als auch jedes einzelnen. Wie die Väter am Zweiten Vatikanischen Konzil sagten, ist dies ein sozialer wie auch ein spiritueller Auftrag, der "insofern Ersterer zu einer besseren Ordnung der menschlichen Gesellschaft beiträgt, auch große Bedeutung für das Reich Gottes[hat]." (24)

In einer Welt der rasanten Globalisierung erweist sich die Ausrichtung auf eine Welt-Autorität als der einzige Horizont, der mit den neuen Realitäten unserer Zeit und den Bedürfnissen der Menschheit vereinbar ist. Indes sollte man nicht außer Acht lassen, dass diese Entwicklung angesichts der verletzten menschlichen Natur nicht ohne schmerzliche Beeinträchtigungen und Leiden geschehen wird.

Im Bericht vom Turm zu Babel warnt uns die Bibel davor, dass die "Vielfalt" von Völkern die Selbstsucht fördern und ein Werkzeug von Trennung und Spaltung sein kann. Es besteht tatsächlich das Menschheitsrisiko, dass die Völker einander letztlich nicht verstehen, und dass kulturelle Unterschiede zu nicht überwindbaren Gegensätzen führen. Das Bild vom Turm zu Babel weist uns aber auch darauf hin, dass wir eine "Einheit" vermeiden sollen, die nur scheinbarer Natur ist, wo jedoch Egoismus und Spaltungen fortbestehen, weil die Fundamente der Gesellschaft nicht gefestigt sind.

In beiden Fällen ist Babel das Bild für das, was aus Völkern und Einzelnen werden kann, wenn sie nicht ihre ihnen eigene, transzendente Würde und ihre Brüderlichkeit erkennen und anerkennen.

Der Geist von Babel ist das Gegenteil vom Geiste Pfingstens, von Gottes Absicht für die ganze Menschheit: Gemeint ist die Einheit in der Wahrheit. Nur ein Geist der Eintracht, der sich über Trennungen und Konflikte erhebt, wird der Menschheit gestatten, im vollen Wortsinn eine Familie zu sein, und eine neue Welt zu schaffen mit einer globalen Autorität im Dienste des Gemeinwohls.

Anmerkungen

[Hinweis: Für die Übersetzung der direkten Zitatstellen und Vergleichshinweise wurden die deutschen "Texte zur katholischen Soziallehre" (Hrsg. KAB 2007; 9. erw. Aufl., Köln u. Kevelaer) herangezogen]

1. PAUL VI. (1967), Enzyklika *Populorum progressio*, Nr. 13.
2. BENEDIKT XVI. (2009), Enzyklika *Caritas in veritate*, Nr. 21.
3. *Leaders' Statement*, The Pittsburgh Summit, 24-25 September 2009.
4. Zweites Vatikanisches Konzil (1965), Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, *Gaudium et Spes*, Nr. 34.
5. Enzyklika *Populorum progressio*, Zwischentitel Nr. 76 und Nr. 77.
6. INTERNATIONAL MONETARY FUND, *Annual Report 2007*, S. 8 ff.
7. Enzyklika *Caritas in veritate*, Nr. 45
8. ebenda Nr.77.
9. JOHANNES PAUL II. (1991), Enzyklika *Centesimus annus*, Nr. 34
10. ebenda Nr.40.
11. JOHANNES XXIII. (1963), Enzyklika *Pacem in terris*, Nr. 135.
12. ebenda Nr. 137.
13. BENEDIKT XVI. (2009), Enzyklika *Caritas in veritate*, Nr. 67
14. Ebenda.
15. Ebenda.
16. Ebenda Nr. 57 und 67.
17. Ebenda Nr.57.
18. Ebenda.
19. Zweites Vatikanisches Konzil (1965), Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, *Gaudium et Spes*, Nr. 70.
20. *Leaders' Statement*, The Pittsburgh Summit, 24-25 September 2009, Nr. 18 und 13.
21. Enzyklika *Caritas in veritate*, Nr. 71.
22. PAUL VI. (1971), Apostolisches Schreiben *Octogesima adveniens*, Nr. 37.
23. Enzyklika *Centesimus annus*, Nr. 52.
24. Zweites Vatikanisches Konzil, Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute, *Gaudium et Spes*, Nr. 39.